

+++ Pressemitteilung +++

Wohlfahrtsverbände fordern soziales und gerechtes Hamburg Forderungspapier zur Bürgerschaftswahl 2015 vorgestellt

Hamburg, 3. November 2014. Die Hamburger Wohlfahrtsverbände haben anlässlich der kommenden Bürgerschaftswahl einen Forderungskatalog erarbeitet. Die Verbände benennen dort die drängenden sozialen Probleme der Stadt und stellen Forderungen an die Politik auf.

Drei zentrale Forderungen sind: Verbesserung der Wohnraumversorgung, Sicherung der unabhängigen Sozialberatung und Refinanzierung von Tarifsteigerungen.

Wohnraumversorgung: In Hamburg leben rund 2.600 wohnungslose Menschen in Unterkünften, 1.500 bis 2.000 Menschen leben obdachlos auf der Straße. Diese Menschen sind auf dem angespannten Wohnungsmarkt chancenlos. Gleichzeitig sind die Kapazitäten der öffentlichen Unterbringung ausgeschöpft.

Dr. Dirk Hauer, Diakonisches Werk Hamburg, Fachbereichsleiter Migration und Existenzsicherung: „Wenn Wohnungslosigkeit wirksam bekämpft werden soll, muss wohnungslosen Menschen der Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtert werden. Wir fordern die Stadt deshalb dazu auf, über den städtischen Wohnungsbaukonzern SAGA/GWG rund 2.000 Wohnungen an wohnungslose Menschen zu vergeben.“

Sozialberatung: Menschen in besonderen Lebenslagen erhalten in sieben Sozialen Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege eine unabhängige und kostenfreie Beratung. Obwohl es sich überwiegend um gesetzliche Leistungen handelt, werden die Beratungsstellen nicht ausreichend finanziert. In diesem Jahr belaufen sich die Fehlbeträge auf mehr als 100.000 Euro.

Michael Edele, Caritasverband für Hamburg, stellv. Geschäftsführer: „Die Beratungsstellen müssen aufgrund der Fehlbeträge ihre Sprechzeiten reduzieren und können Klienten nicht mehr zu Behörden begleiten. Freiwerdende Stellen bleiben unbesetzt. Wir fordern die Stadt deshalb dazu auf, eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der unabhängigen Sozialberatung sicher zu stellen.“

Tarifübernahme: Die Sparpolitik des Senates hat bereits viele Träger der Freien Wohlfahrtspflege unter Druck gesetzt. Die Stadt weigert sich, tariflich bedingte Personalkosten bei den Entgelten und Zuwendungen ausreichend zu berücksichtigen. Träger werden so gezwungen, Leistungsangebote einzuschränken.

Jens Stappenbeck, Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg, Geschäftsführer: „Verschiedene Schiedsstellen haben die Stadt bereits aufgefordert sicher zu stellen, dass die Mitarbeiter der freien Träger ebenso verlässlich nach Tarif bezahlt werden können, wie die Mitarbeiter staatlicher sozialer Angebote. Wir fordern die Stadt deshalb dazu auf, die tariflich bedingten Personalkosten der freien Träger ebenfalls vollständig zu finanzieren.“

Der Forderungskatalog wird heute im Rahmen der Fachtagung „Sozialpolitik in Zeiten der Schuldenbremse“ erstmals verteilt. Rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sozialen Einrichtungen kommen heute in der Handwerkskammer zusammen, um sich über die Hamburger Sozialpolitik auszutauschen. Zum Abschluss der Tagung folgt eine Diskussionsrunde mit Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg e.V.

Jens Stappenbeck

Tel. 040 23 15 86

Mobil: 0174 3161718

Burchardstraße 19

20095 Hamburg

info@agfw-hamburg.de

www.agfw-hamburg.de

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e. V. (AGFW) ist der Zusammenschluss der anerkannten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg, Caritasverband für Hamburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk Hamburg, Jüdische Gemeinde in Hamburg. Die Arbeitsgemeinschaft fördert die Abstimmung und Koordination gemeinsamer Positionen, übernimmt die Außenvertretung dieser Positionen, unterstützt den Erfahrungsaustausch und führt gemeinsame Veranstaltungen durch.